Bezugspreis:
Vierteljährlich in Neuenbürg ℳ 30.—. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr ſowie im ſonſtigen inländiſchen Verkehr ℳ 27.75 mit Poſtbeſtellgeld.

In Fällen von höherer Gewalt beſteht kein Anſpruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerſtattung des Bezugspreiſes.

Beſtellungen nehmen alle Poſtſtellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkaſſe Neuenbürg

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erſcheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'ſchen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis:
Die einſpaltige Petitzeile od. deren Raum i. Bezirk 1.20 ℳ, außerhalb desſelben 1.50 ℳ einſchließl. Inſeratenſteuer. Offert- u. Auskunfterteilung 50 ₰. Reklame-Zeile 4.— ℳ.

Bei größeren Aufträgen entſprechender Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenſo wenn Zahlung nicht innerhalb 4 Wochen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Schluß d. Anzeigen-Annahme tags vorher.

Fernſprecher Nr. 4.
Für telefoniſche Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 71. Neuenbürg, Samstag, den 25. März 1922. 80. Jahrgang.

Rundſchau.

Ein Frühlingsanfang mit gewaltigen Schneeſtürmen, 50 000 ſtreikenden oder ausgeſperrten Metallarbeiter in Württemberg, einem Dollarkurs von über 300 M. und Reparationsvorſchlägen für Genua, die Deutſchland zur Entente in ein Verhältnis bringen wie etwa das Aegyptens oder Irlands zu England, — das iſt mehr als eine erträgliche Belaſtung, das übertrifft die ſchlimmſten Befürchtungen der letzten Wochen und ſtraft jeden Optimismus Lügen. Aber wir haben uns in unſere Leidensrolle ſchon ſo hineingewöhnt und ſind allmählich gegen jede weitere Verſchärfung des auf uns laſtenden Druckes ſo empfindungslos geworden, daß wir alles hinnehmen wie die verſchiedenen Stufen der Teuerung und mit einem gewiſſen Fatalismus uns in die Lage ſchicken, als müßte es eben ſo ſein.

Betrachtet man zunächſt die Stillegung unſerer einheimiſchen Metallinduſtrie, ſo kann man ſie nicht anders denn als ein großes Unglück bezeichnen. Wegen zwei Stunden Arbeit in der Woche, einer Erhöhung der 46ſtündigen auf die 48ſtündige Wochenarbeitszeit ſolche Verluſte! Denn darüber kann kein Zweifel beſtehen, daß die Unternehmer ſowohl wie die Arbeiter einen rieſigen Ausfall erleiden zu einer Zeit, in der man meinen ſollte, kein Menſch ſei mehr ſtark genug, ſolche Einbußen zu tragen. Ein Hohn auf die Errungenſchaft der achtſtündigen Arbeitszeit und auf den ſchönen Satz: Wir Deutſche müſſen mehr arbeiten, um wieder aus dem Sumpf, in den uns der Krieg, die Revolution und der Schmachvertrag von Verſailles brachte, herauszukommen. Es iſt, als ob alle Vernunft aus der Welt geſchwunden wäre. Bei Daimler wollten die Arbeiter mit weitüberwiegender Mehrheit eine Verſtändigung mit dem Unternehmertum, aber eine gewalttätige Minderheit wußte dies zu verhindern und ließ hunderte und aberhunderte von Familienvätern brotlos werden. Das Ende der Bewegung iſt noch gar nicht abzuſehen.

Zu der allgemeinen Teuerung geſellt ſich nun vom 1. April ab wieder eine Erhöhung aller Frachten um 10 Prozent, was natürlich die Teuerung weiter verſchärfen wird. Die Folge iſt ~~eine~~ unumgängliche Erhöhung der Löhne und Gehälter, nicht zuletzt auch bei der Eiſenbahn, und um dieſe aufzubringen, müſſen die Tarife dann abermals erhöht werden. Die Schraube dreht ſich endlos und hält doch nicht. Der Reichstag berät dabei die Steuervorlagen und weiß ganz genau, daß ſie, ſchon bevor er endlich mit ſeinen Leſungen fertig wird, durch die Anſprüche an das Reich überholt werden und einen Wert bekommen, wie das Paar Schuhe, von denen der Lehrbub zu ſeinem Meiſter ſagte: „Jetzt habe ich ſie fertig, ſoll ich ſie gleich flicken?"

Aber das alles iſt noch nichts im Vergleich zu unſeren neuen Wiedergutmachungspflichten. Am 14. Dezember hat Deutſchland um teilweiſe Stundung der Zahlungen gebeten, die es nach dem Londoner Ultimatum vom 5. Mai eigentlich im Laufe des Jahres 1921 an die Entente zu leiſten gehabt hätte. Die Antwort iſt, daß wir ſtatt zwei Milliarden Goldmark und 1 Milliarde Abzüge vom Auslandshandel in bar jetzt „nur" 720 Millionen Goldmark in Sachleiſtungen aufbringen müſſen. Dieſer Beſchluß iſt in Paris ſogar einſtimmig gefaßt worden und hat die Hoffnungen auf England und Italien wieder einmal ſchmählich enttäuſcht. Der politiſche Vernichtungswille in Frankreich und Belgien war eben wieder ſtärker als die engliſche und italieniſche Einſicht, daß die Arbeitsſtockung in England und die Handelskriſe in Italien nur beſſer werden können, wenn man der weiteren Entwertung der deutſchen Mark einen Damm vorlegt. Und ſo müſſen wir denn auch zu den noch in Beratung befindlichen Steuern und Abgaben, die für das laufende Jahr rund 45 Milliarden Mark mehr erbringen ſollen, ſofort neue Steuern, und zwar Kapitalſteuern ſchaffen, die in Jahresfriſt abermals 60 Milliarden und bis zum Ende ds. Js. 40 Milliarden aus unſerem Wirtſchaftsleben herauspreſſen ſollen. Das ſind die Früchte unſerer Erfüllungspolitik, aber noch nicht einmal alle Früchte, denn ſchon erwägt die Entente die Einführung einer ſtändigen Finanzkontrolle, ja ſogar einen Eingriff in die Reichsverfaſſung durch Abſchaffung der einzelſtaatlichen Landtage.

Der Eindruck iſt einfach niederſchmetternd. Ob ihn die Reichsregierung überleben wird, ſteht dahin. Eine nichtſozialiſtiſche Regierung wird kaum den Mut aufbringen, dem deutſchen Bürgertum fernerhin ſolche Erfüllungen zuzumuten. Die nächſten Wochen müſſen uns große Entſcheidungen bringen, vielleicht ſchon Wahlen. Jedenfalls wird dieſer Frühlingsanfang durch alle künftigen Jahrhunderte hindurch in der deutſchen Geſchichte verzeichnet werden nicht als der Anfang zu neuem Hoffen, Schaffen und Wachſen, ſondern als der Anfang vom Ende eines ſchönen Traums.

Deutſchland.

Stuttgart, 23. März. Die Unabhängige ſozialdemokratiſche Partei Württembergs hält am 13. und 14. Mai hier eine Landesverſammlung, auf der u. a. auch über die diesjährigen Gemeindewahlen verhandelt werden ſoll.

Berlin, 24. März. Zum 125. Geburtstag Kaiſer Wilhelm I. wurden am Nationaldenkmal in Berlin Kränze mit ſchwarz-weiß-roten Schleifen niedergelegt, die in der Mehrzahl von Angehörigen des alten Heeres ſtammten. Aber auch viele Privatperſonen ehrten den alten Kaiſer durch Spenden von Blumen und Tannenzweigen. Auch das Kaiſer-Wilhelm-Denkmal in der Siegesallee hatte Kranzſchmuck aufzuweiſen.

Berlin, 23. März. Im Reichstag fand heute vormittag eine Beſprechung der Vertreter aller Parteien der Vertreterorganiſationen und des Reichswirtſchaftsminiſterium über die Frage der Papierpreiſe ſtatt. Die Verlegerverbände erſuchten das Reichswirtſchaftsminiſterium und die Parteivertreter, ſofort Abhilfemaßnahmen im Reichstag zur Annahme zu bringen und vor allem eine Ausfuhrſperre für deutſches Papier, ferner, ſoweit die Ausfuhr noch genehmigt wird, eine Verrechnung von Auslandsgewinnen auf die Auslandspreiſe, die öffentliche Bewirtſchaftung des Papiers und aller zum Papier gehörenden Rohſtoffe. Als beſonders wichtig ſtellten alle Redner hin, daß die Länder für Holz, das zur Druckpapierfabrikation verwendet wird, geringere Preiſe erheben müßten und vielleicht, wie in der Tſchechoſlowakei, allen Waldbeſitzern eine beſtimmte Ablieferungspflicht für Holz zu vorgeſchriebenen Preiſen auferlegt werden müßte. Sodann wurden über die Berechnung der Inſeratenſteuer Vorſchläge gemacht. Die einzelnen Parteien werden ſich in Fraktionsſitzungen mit dieſen Vorſchlägen befaſſen. Reichstagspräſident Loebe hat zugeſagt, daß wegen der Dringlichkeit die Frage in der nächſten Woche im Reichstag zur Entſcheidung gebracht werden ſoll.

Getreideumlage und Kartoffelbewirtſchaftung.

Berlin, 23. März. Die im Reichsminiſterium für Ernährung und Landwirtſchaft zuſammengetretenen Vertreter der Länder, darunter eine größere Zahl von Ernährungs- und Landwirtſchaftsminiſter, berieten über die Getreidebewirtſchaftung und die Kartoffelverſorgung im nächſten Wirtſchaftsjahre. Bei der Getreidewirtſchaft war die Verſammlung mit Ausnahme des Vertreters eines Landes, der die Stellungnahme ſich vorbehält, der Auffaſſung, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt dem Endziel der freien Wirtſchaft noch nicht zugeſteuert werden könne und ſprach ſich für eine Umlage auch im nächſten Wirtſchaftsjahr aus. Bei einer binnen kurzem einberufenen Referentenbeſprechung ſoll mit den Ländern eine Erörterung über die Grundzüge einer entſprechenden Geſetzesvorlage ſtattfinden. Bei der Beſprechung der Kartoffelverſorgung wurden die Mängel der diesjährigen Verſorgung allſeitig anerkannt, jedoch wurde auch auf die Schwierigkeiten einer Wiedereinführung der Zwangswirtſchaft und auch der Einführung einer Kartoffelumlage nachdrücklich hingewieſen. Die Konferenz machte noch keine beſtimmten Vorſchläge. Die Stellungnahme kommt zum Ausdruck in einer Reſolution, auf die ſich alle Vertreter einigten und die beſagt, daß das Reichsminiſterium für Ernährung und Landwirtſchaft einen Weg ſuchen und Vorſchläge machen möge für eine beſſere Verſorgung. Das Material für ſolche Vorſchläge ſoll den Ländern zugeleitet werden.

Die neuen Zahlungstermine für Deutſchland.

Berlin, 23. März. Ueber die Fälligkeitstage für die einzelnen von Deutſchland zu leiſtenden Barzahlungen, ſowie über die Sachleiſtungen werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Deutſchland hat zu zahlen: 18 051 079,51 Goldmark am 15. April 1922, 50 Millionen Goldmark am 15. Mai, 50 Millionen am 15. Juni, 50 Millionen am 15. Juli, 50 Millionen am 15. Auguſt, 60 Millionen am 15. September und 50 Millionen am 15. Oktober, 60 Millionen Goldmark am 15. November und 60 Millionen am 15. Dezember 1922. — Als Barzahlungen, welche auf die vorbezeichneten Fälligkeiten angerechnet werden, ſollen alle von Deutſchland der Reparationskommiſſion bis einſchließlich 15. Dez. bewirkten baren Leiſtungen erachtet werden, ebenſo alle anderen Summen, welche an die Reparationskommiſſion in bar zu zahlen ſind und nach den Beſtimmungen der früher von ihr getroffenen oder noch zu treffenden Entſcheidungen auf die von Deutſchland im Verlauf des Jahres 1922 als Annuität nach Feſtſetzung des Artikels 4 des Zahlungsplanes zu bewirkenden Zahlungen gutgeſchrieben werden ſollen. In Sachleiſtungen den Gegenwert von 1450 Millionen Goldmark in Waren, davon 950 an Frankreich und 500 an die anderen Alliierten, inſoweit Frankreich oder die anderen alliierten Länder oder ihre Staatsangehörigen, welche Lieferungen nach Maßgabe des Verfahrens im Vertrage oder eines anderen von der Reparationskommiſſion gebilligten Verfahrens fordern werden. Als Sachleiſtung wird auch der Ertrag der britiſchen Reparation — recovery act — und aller ähnlichen Beſtimmungen gelten, welche von anderen alliierten Regierung in Ausführung der Entſcheidung der alliierten Regierungen vom 3. März 1921 getroffen ſind oder noch getroffen werden. Sollte die Reparationskommiſſion im Laufe des Jahres 1922 feſtſtellen, daß von Frankreich oder ſeinen Staatsangehörigen oder von den anderen reparationsberechtigten Mächten oder ihren Staatsangehörigen nach Maßgabe des im Vertrage vorgeſehenen oder auf Grund eines von der Reparationskommiſſion gebilligten Verfahrens und in den Grenzen der obengenannten Ziffern geforderte Sachleiſtungen infolge Obſtruktion der deutſchen Regierung oder ihrer Organiſationen, oder infolge von Verſtößen gegen das Verfahren des Vertrages, oder eines von der Reparationskommiſſion gebilligten Verfahrens nicht ausgeführt worden ſind, ſo werden von Deutſchland am Ende des Jahres 1922 an Stelle der nicht ausgeführten Sachleiſtungen entſprechende Zuſatzzahlungen in bar gefordert werden.

Die Regierung einig über die Unerfüllbarkeit der Bedingungen.

Berlin, 24. März. In der geſtern nachmittag zwiſchen dem Reichskanzler und den Parteien ſtattgehabten Beſprechung war man ſich einig, daß mit einer Stellungnahme zu der Note der Reparationskommiſſion erſt abgewartet werden müßte, bis der amtlich überſetzte Text der Note vorliegt. Der Reichskanzler äußerte ſich, von einer Regierungskriſe könne noch keine Rede ſein. Eine ſolche käme nur dann in Frage, wenn er am Dienstag vor dem Reichstag keine Mehrheit finden ſollte. Weiter wurde vom Kanzler betont, daß auch die Regierung über die Unerfüllbarkeit der Bedingungen ſich völlig einig ſei. Man rechnet damit, daß auch die maßgebenden Arbeitervertreter die Note verwerfen.

Die gemeinſame Not als Drang zur Einheitsfront.

Berlin, 24. März. Die Deutſche Volkspartei wird — wenn anders die Herren Wirth und Rathenau auf ihrem Poſten zu bleiben wünſchen — ihnen vor Genua keine Schwierigkeiten bereiten. Aber je mehr man in den Sumpf des Ententebeſcheides einzudringen verſucht, um ſo ſtärker wird überall ohne Unterſchied die Empfindung, daß die Ausführung dieſes neueſten Wunſchzettels eine einfache Unmöglichkeit iſt. Das Mehr von 60 Milliarden, das man von uns verlangt, iſt durch Steuern nicht aufzubringen. Eine einmalige innere Anleihe, wenn man ſie von allen Abgaben befreit und die Zinſen in Gold zahlt, könnte vielleicht Erfolg haben, aber doch nur für einmal, und für eine auswärtige Anleihe ſind die Wege noch wie vor verſchloſſen. Was uns von der Reparationskommiſſion jetzt angeſonnen wurde, iſt in Wahrheit eine Dette Publique auf Umwegen, will ſagen, die Deutſchen werden in die Schraube genommen und ſollen nun alles und noch mehr ausführen, was eine fremdländiſche Schuldenverwaltung dem deutſchen Volke je auferlegen könnte. Männer von ernſter Sachkenntnis erklären rund heraus, die Forderungen ſind in ihren Konſequenzen ſo unerträglich, daß der Dollar bis auf 400 und darüber ſtehen werde. In dieſer deutſchen Lebensnot wäre das Gebot der Stunde eine gemeinſame Front von den Deutſchnationalen bis zu den Unabhängigen. Man kann dieſer Forderung ſelbſt bei durchaus linksgerichteten und demokratiſch geſinnten Parlamentariern begegnen. Aber die Ausſicht, daß es zu einer ſolchen Einheitsfront kommen könnte, iſt leider ſehr gering.

Die Durchführung der Kontrollmaßnahmen.

Berlin, 23. März. In hieſigen politiſchen Kreiſen nimmt man an, daß zur Durchführung der in der Note der Reparationskommiſſion eröffneten Kontrollmaßnahmen die Berliner Garantiekommiſſion beauftragt werden würde, die der in Paris weitertagenden Reparationskommiſſion zu berichten habe, welche dann ihrerſeits wiederum die erforderlichen Entſcheidungen treffen werde. Es ſoll im Gegenſatz zu den in Cannes gefaßten Beſchlüſſen die Garantiekommiſſion aufs engſte mit der Reparationskommiſſion zuſammenarbeiten.

Preſſe-Urteile über die Reparationsbedingungen.

Die „Kölniſche Zeitung" ſchreibt: Es wäre erfreulich, wenn ſich in dieſem Falle endlich einmal eine geſchloſſene, einmütige Ueberzeugung im deutſchen Volk durchdringen wollte; eines Tages muß dies geſchehen, wenn Deutſchland aus der Sackgaſſe herauskommen will. Es iſt an der Zeit, in dieſer Entſcheidungsſtunde endlich den Weg gemeinſamen Handelns zu finden und nicht den Kopf zu verlieren. — Laut „Deutſcher Allgemeiner Zeitung" ſei die Reparationsnote nach der Anſicht der Zentrumsfraktion und der Bayeriſchen Volkspartei unannehmbar. Im übrigen glaubt das Blatt, daß angeſichts dieſer neuen Sachlage mit der bisherigen Politik der Erfüllung nicht mehr viel getan ſein könne. — Auch laut „Berliner Tageblatt" werden die Forderungen der Entente durchweg für unannehmbar erklärt. — In der ſozialdemokratiſchen Fraktion beurteilt man die Lage, nach einer Mitteilung des „Vorwärts", der ſeine Ablehnung der Note ausführlich begründet, ſehr ernſt, vielleicht noch ernſter, als irgend eine Kriſe, die wir ſeit dem Londoner Ultimatum erleben mußten. Immerhin ſei aber von einer verſchlechterten Stimmung keine Rede. Man werde ſich kühl und ſachlich bemühen, einen Ausweg zu finden. — Die „Kreuzzeitung" verlangt jetzt eine aktive Regierungspolitik und bezweifelt, ob es für Deutſchland noch Zweck habe, die Konferenz von Genua zu beſchicken. — Die „Münchner Neueſten Nachrichten" ſchreiben: „Am 21. März 1922 hat ſich mit der Entſcheidung der Reparationskommiſſion das Schickſal der deutſchen Erfüllungspolitik erfüllt. Die bisherige willige und freudige Erfüllung, die der Völkerverſöhnung dienen ſollte, iſt mit Hohn beantwortet worden; denn anderes können die neuen unerfüllbaren Forderungen nichts bedeuten ... Das Deutſchland das ſich ſelbſt bis zum Weißbluten die Adern aufſchnitt, um ſeinen Feinden Blut zuzuführen, muß ſich heute von der franzöſiſchen Preſſe beſchuldigen laſſen, es habe die „Mäßigung" ſeiner Feinde mißbraucht! Das verklauſulierte „Moratorium" in der Reparationsentſcheidung mag ein ſchwacher Augentroſt ſein für diejenigen, die die Fußangeln nicht ſehen wollen und die Schlingen um den Hals. In den nächſten Stunden und Tagen werden ſich die Verantwortlichen in Deutſchland entſcheiden müſſen, ob ſie ſich wie bisher den unmöglichen Forderungen willig unterwerfen oder ob ſie den Mut finden zu der mannhaften Erklärung, daß es auf dieſem Wege nicht weiter gehen könne; ob ſie erkennen, daß die bisherige Art der Erfüllungspolitik in eine Sackgaſſe gekommen iſt."

Ausland.

Der Eindruck in Wien.

Wien, 23. März. Die Entſcheidung der Reparationskommiſſion über die deutſchen Zahlungen iſt in der geſamten Wiener Preſſe aller Parteien Gegenſtand der ſchärfſten Kritik. So ſchreibt die „Neue Freie Preſſe" unter dem Titel „Deutſchland in finanzieller Hörigkeit", daß der Geiſt des Friedens von Verſailles nicht verſchwunden ſei. Aegypten wurde ſelbſtändig gemacht. Indien darf gegen die unwahre Politik des Mutterlandes Proteſt erheben, nur gegen Deutſchland wagen die Mächte eine Strafe vorzuſehen, wie man ſie heute auch bei dem kleinſten ziviliſierten Staaten nicht in Anwendung bringt.

Dr. Wirth gegen die gleitende Lohnſkala?

Paris, 24. März. Der „Petit Pariſien" erfährt aus Berlin, die Reichsregierung werde der Reparationskommiſſion gewiſſe Fragen über Unklarheiten in der Note ſtellen und nach Kräften über gewiſſe Bedingungen verhandeln. Staatsſekretär Dr. Fiſcher werde morgen Samstag nach Paris reiſen. Reichskanzler Dr. Wirth ſei der Anſicht, daß die Feſtſetzung der eigentlichen Friſten beſonders für die förmliche Zuſtimmung zu dem Stundungsplan nicht angenommen werden kann, denn dieſe Friſten ſeien für die Einführung der verlangten Maßnahmen zu kurz. Der Reichskanzler müßte auch die Verpflichtungen ablehnen, die Steuern je nach dem andauernden Tiefſtand der Mark zu vermehren. Der Reichskanzler habe bereits geſtern nachmittag mit dem engliſchen und italieniſchen Botſchafter eine lange Unterredung gehabt. Wahrſcheinlich werden dieſe Botſchafter ihre Regierungen in dieſem Sinne benachrichtigen.

Ein vernünftiger Franzoſe.

Paris, 23. März. Entgegen den von anderen Blättern bezüglich der jüngſten Beſchlüſſe der Reparationskommiſſion geäußerten Erwartungen verſpricht ſich „Bainville" nicht viel von dieſen Entſcheidungen. „Entweder unterwirft ſich Deutſchland nicht", ſo bemerkt er, „und dann muß man ſich an die Alliierten wenden und ſie erſuchen, Maßnahmen zu treffen, von denen dieſe nie etwas wiſſen wollen, oder aber Deutſchland unterwirft ſich, wird aber durch den niedrigen Kurs der Mark verhindert, ſeinen Verpflichtungen nachzukommen und dann hat man es mit einem deutſchen Konkurs zu tun. In beiden Fällen iſt alſo wenig zu holen. Deshalb wird man der Frage der deutſchen Reparationen aufs neue näher treten müſſen.“

Lenins Erkrankung hoffnungslos?

Wie die Moskauer „Prawda“ meldet, iſt der Große Rat der Sowjet am Montag zu einer außerordentlichen Sitzung zuſammengetreten, um die Maßnahmen zu beſprechen, welche bei einem Ausſcheiden Lenins aus der Regierung zu treffen wären. Der Vorſitzende des Moskauer Sowjets erklärte, der Zuſtand Lenins ſei ſo ernſt, daß man von einer weiteren Teilnahme Lenins an der Regierung nicht mehr ſprechen könne.

Beunruhigung in Amerika.

Nach einer Meldung des „Berliner Tageblatts“ aus Waſhington hätte die Note der Reparationskommiſſion dort keinen guten Eindruck gemacht. Man frage ſich, welche Geheimniſſe hinter dieſem neuen engliſchen Umfall ſtehen. Am ſchwerſten ſei das britiſche Preſtige getroffen. Man findet, daß die Bedingungen der Note mit dem Weſen eines ſouveränen Staates ſchwer in Einklang gebracht werden könnten. Wenn Deutſchland aufhöre, ein ſelbſtändiger internationaler Faktor zu ſein, ſo ſei das für amerikaniſche Geldgeber nicht gerade ermutigend. Die diktatoriſche Tonart der Note ſei umſo erſtaunlicher, als dieſe ja zugebe, daß das Ultimatum von London ſo ziemlich unerfüllbar ſei und daß die Note zu der Ueberzeugung gekommen ſei, daß ſie die Leiſtungskraft Deutſchlands überſchätzt habe.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

⊙ **Neuenbürg**, 22. März. Nachdem das hieſige Stadtvikariat aus Mangel an Predigtamtskandidaten 1½ Jahre lang unbeſetzt geweſen iſt, kann nunmehr wieder ein Stadtvikar hierher beſtellt werden. Zum Stadtvikar iſt auf 29. März Pfarramtsbewerber Emil Geiger von Stuttgart ernannt worden.

Birkenfeld, 24. März. Der ſeit vielen Jahren hier verbreitete und gerne geleſene „Enztäler“, Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg, hat ein Konkurrenzblatt erhalten. „Birkenfelder Anzeiger“ nennt es ſich, das allerdings nur dreimal wöchentlich erſcheint, Dienstag, Donnerstag und Samstag. Ob damit dem Leſebedürfnis in heutiger bewegter Zeit gedient iſt, bleibt abzuwarten. Der „Enztäler“ mit ſeinem gediegenen Inhalt, iſt uns als täglich erſcheinender Gaſt ein lieber Freund und Berater geworden, den man nun nicht gerne auf die Seite legen und vermiſſen möchte. Jeder Leſer, der nicht mehr auf ihn abonniert, wird Heimweh nach ihm bekommen. Darum wahre deinen alten Hausfreund, der jeden Tag deine Wißbegierde befriedigt und dir jede Neuigkeit aus Stadt und Bezirk — auch der Anzeigenteil iſt für jedermann von Wichtigkeit — wahrheitsgetreu übermittelte, deine Treue und beſtelle ihn auch für das zweite Vierteljahr. P.

Wildbad, 24. März. Der Gemeinderat beriet über den Haushaltplan für 1921 bis 1922, der bei 6,1 Millionen Mark Einnahmen und 6,4 Millionen Mark Ausgaben einen Abmangel von 287 000 Mark aufweiſt. Es ſoll eine Umlage von 10 Prozent erhoben werden. Die niedrige Gemeindeumlage iſt wieder den guten Holzerlöſen aus den Stadtwaldungen zu verdanken. Der Reinertrag des Stadtwaldes wurde mit über 2½ Millionen Mark angegeben. Durch die Kurtaxe nimmt die Stadt 100 000 Mark und durch die Vergnügungsſteuer 30 000 Mark ein. Die Bergbahn hat einen Ueberſchuß von 4800 Mark, trotzdem an das Reich 42 000 Mark Fahrkartenſteuer abgeliefert werden muß.

Württemberg.

Stuttgart, 24. März. (Vom Metallarbeiterſtreik) Der Metallarbeiterſtreik hat nun faſt alle Betriebe der Metallinduſtrie erfaßt. Am Freitag liefen die reſtlichen Kündigungen in einzelnen Betrieben ab. Auch die Ausſperrung hat ſich weiter ausgedehnt. Im Oberland werden vom Montag ab die meiſten Betriebe der Metallinduſtrie ſtillgelegt. In Tuttlingen, wo zwölf Betriebe mit etwa 2000 Arbeitern ſtreiken, kam es zu Beläſtigungen von Arbeitswilligen und Angeſtellten durch Streikpoſten. Bereits ſind Sicherheitsorgane vor dem größten Betrieb, der Aktiengeſellſchaft für Feinmechanik, aufgeſtellt. Die Kommuniſten haben auf dem Stuttgarter Rathaus eine Anfrage eingebracht, ob die Stadtverwaltung bereit ſei, die ſtreikenden und ausgeſperrten Arbeiter in Erwerbsloſenunterſtützung zu nehmen. Eine Antwort iſt noch nicht erfolgt. Nach den beſtehenden Geſetzen iſt dies auch nicht möglich. — Vom Verband Württ. Metallinduſtrieller wird mitgeteilt: Während die Zahl der außer Arbeit ſtehenden Metallarbeiter ſich zunächſt infolge des Ablaufs der Kündigungsfriſten noch vergrößert, iſt doch auch feſtzuſtellen, daß ein Teil der Verbandsfirmen von der Bewegung nicht mehr berührt wird. In 19 Verbandsbetrieben mit 1700 Arbeitern iſt die 48ſtündige Arbeitszeit unter Annahme des Schiedsſpruchs durch die Belegſchaften heute ſchon durchgeführt. Dieſe Betriebe werden fortgeführt und die Arbeiter erhalten die neuen Teuerungszulagen nach dem Schiedsſpruch.

Untertürkheim, 24. März. (Teure Eier) Die hieſige Polizei hat wieder einen vom Oberland nach Pforzheim dirigierten Viehwagen durchſucht und eine Kiſte mit 900 Eiern entdeckt. Da ſie die Eier nicht beſchlagnahmen konnte, mußte der Abſender laut „Untert. Ztg.“ 850 M. Fracht nachzahlen.

Tübingen, 24. März. (Schwerer Junge.) Der wegen Diebſtahls ſchon mehrfach vorbeſtrafte Karl Geiſel von Enztal hatte ſich wiederum wegen ſechs Diebſtählen zu verantworten. Geiſel ſtahl in Beuren bei Nagold 14 000 M., in Hochdorf OA. Freudenſtadt 300 M., ſowie Kleidungsſtücke, in Ellmendingen in Baden Stiefel und Wäſche, in Grömbach OA. Freudenſtadt Schmuck und 2000 M. Geld und in Wildbad ein Fahrrad u. a. Das Geld und den Erlös aus den geſtohlenen Sachen verbrauchte er bis auf einen kleinen Betrag. Die Strafkammer verurteilte Geiſel zu 5 Jahren Zuchthaus und ſeinen Genoſſen Albert Künkele von Pforzheim zu 15 Monaten Gefängnis.

Neresheim, 24. März. (Eingeſchneit.) Der Frühzug der Härtsfeldbahn nach Aalen blieb bei Ebnat im Schnee ſtecken. Die Fahrbahn mußte ausgeſchaufelt werden. Der Schnee liegt mehr als einen halben Meter hoch, die Schlittenbahn geht gut.

Vermiſchtes.

Wie geiſtige Arbeit eingeſchätzt wird. Aus Breslau wird gemeldet: Ein Studienreferendar, der unter der Not der Zeit ſehr zu leiden hat, wohnt auf demſelben Flur wie ein Schneider. Der Schneider arbeitet tagsüber in einem Geſchäft und dann abends für eigene Rechnung zu Hauſe. Seine Einnahmen hat er ſelbſt gelegentlich auf 60- bis 70 000 M. beziffert. Um Weihnachten trat er an den Studienreferendar heran mit der Frage, ob dieſer ſeinem Sohne Stunden geben möchte, und was er dafür verlange. Der Referendar erklärte ſich dazu bereit, ſagte, daß auch für ihn gewiſſe Tarifſätze vorhanden ſeien, daß er aber als Nachbar von ihm nur ebenſoviel verlange, wie er, der Schneider, ſelbſt an Stundenlohn beziehe. Da meinte der Schneider, das ſei doch zuviel, und er werde jemanden ſuchen, der es billiger macht!

Heiratswut der Kinder. Im letzten Jahre haben ſich in Newyork 1600 Jünglinge und 12 600 Mädchen unter 15 Jahren trauen laſſen. 300 dieſer jungen Frauen und 82 dieſer jungen Männer haben im ſelben Jahre ſchon Eheſcheidung verlangt.

Handel und Verkehr.

Gerabronn, 23. März. Dem Schweinemarkt waren zugeführt: 90 Milch- und vier Läuferſchweine. Milchſchweine koſteten das Paar 1600 bis 2000 M., Läuferſchweine das Stück 1100 bis 1600 M.

Neueſte Nachrichten.

Stuttgart, 24. März. Der Vorſtand der Landwirtſchaftskammer hielt kürzlich eine Sitzung ab, auf der der Beitritt zum Deutſchen Weinbauverband beſchloſſen wurde. Den landw. Winterſchulen, die ihr 50jähriges Jubiläum feiern, ſoll eine Jubiläumsgabe von 3000 Mk. überwieſen werden, den Arbeitsvermittlungsämtern Hall, Heilbronn, Rottweil, Ravensburg und Ulm im Fall der Errichtung eines beſonderen landw. Arbeitsnachweiſes ein Beitrag von je 1000 Mk. Beiträge erhielten auch verſchiedene Kleintierzuchtvereine.

Stuttgart, 24. März. Dem Vernehmen nach übernimmt der Abg. B. Heymann (Soz) die Schriftleitung der ſozialdemokratiſchen „Münchner Poſt“ als Chefredakteur und legt ſein Mandat als württ. Abgeordneter nieder.

Hamborn, 24. März. Am 22. März abends fuhr ein belgiſcher Oberleutnant namens Graf mit der Straßenbahn nach Hamborn. Er hatte im Wagen Platz genommen. Mehrere junge Leute betraten die hintere Plattform. Einer von ihnen öffnete die Wagentüre ſo weit, daß er eine Hand hindurch ſtecken konnte und gab 2 Schüſſe auf den Belgier ab. Dann ſprang er vom Wagen herunter und ſchoß von der Straße noch dreimal auf den Offizier, der ſofort tot war. Vom Täter fehlt jede Spur. Ueber Hamborn iſt der verſtärkte Belagerungszuſtand verhängt worden.

Krefeld, 24. März. Der Wirt des Franziskaner Reſtaurants, Arthur Dübben, hat ſeine Frau, ſeine 18jährige Tochter, ſeinen 16jährigen Sohn und zuletzt ſich ſelbſt erſchoſſen. Mißliche finanzielle Verhältniſſe ſollen den Mann zu der Tat getrieben haben.

Leipzig, 24. März. Nach amtlichen Feſtſtellungen hat die Leipziger Frühjahrsmeſſe mindeſtens 155 000 geſchäftliche Beſucher gehabt. Insgeſamt ſind nahezu 200 000 Karten an Meſſebeſucher ausgegeben worden. Die Zahl der ausländiſchen Meſſebeſucher betrug rund 33 000. — Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Leipzig meldet, hat die wegen der Ermordung des Kürſchnermeiſters Conrad in Leipzig verhaftete Witwe Hoffmann geſtanden, daß ſie allein Conrad mit einem ſchweren Schraubſtock erſchlagen und ihm den Kopf vom Rumpf getrennt habe.

Hannover, 24. März. Das Schwurgericht verurteilte den Kupferſchmied Kornagel aus Köringsdorf, der ſeine Frau jahrelang aufs brutalſte mißhandelt und ſie im Herbſt vorigen Jahres umgebracht hat, zum Tode.

Berlin, 24. März. Reichskanzler Dr. Wirth hat auf die beiden Briefe der unabhängigen Reichstagsfraktion, die auf die in der Preſſe veröffentlichten Beſchuldigungen gegen den Reichsminiſter Dr. Hermes Bezug nahmen, geantwortet, daß die Reichsregierung es für angezeigt halte, den Spruch des Gerichts und das Ergebnis der Unterſuchung des 16. Ausſchuſſes des Reichstages, der ſeine Tätigkeit auch auf den in den beiden letzten Schreiben der unabhängigen Reichstagsfraktion vorgebrachten Fall ausdehnen werde, abzuwarten. Der zur Unterſuchung der gegen den Reichsfinanzminiſter Dr. Hermes erhobenen Beſchuldigungen eingeſetzte Reichstagsausſchuß wurde von dem Vorſitzenden und demokratiſchen Abgeordneten Dr. Fiſcher-Köln für Donnerstag, 30. März, zu einer neuerlichen Sitzung einberufen.

Berlin, 24. März. Der Aelteſtenrat des Reichstags beſtimmte endgültig den Termin für die Erklärung der Regierung über die Reparationsnote auf Dienstag nächſter Woche. Am Montag nachmittag werden die Parteiführer beim Reichskanzler erſcheinen, um den Inhalt der Erklärungen kennen zu lernen, die Reichskanzler Dr. Wirth am Dienstag im Reichstag abgeben wird. Im Anſchluß an die Parteiführerbeſprechung dürften noch am gleichen Abend die Fraktionen zuſammentreten, um zu der Mitteilung des Reichskanzlers Stellung zu nehmen.

Berlin, 24. März. Wie dem „Lokalanzeiger“ von italieniſcher Seite mitgeteilt wird, galt der geſtrige Beſuch des italieniſchen Botſchafters beim Reichskanzler lediglich der Beſprechung deutſch-italieniſcher Angelegenheiten. — In Danzig iſt der ſeit zwei Tagen vermißte 14jährige Laufburſche Peter Born, der vom Einkaſſierungsgang für ſeine Firma nicht zurückgekehrt war, in einer Bodenkammer als Leiche aufgefunden worden. Der Mörder hatte dem Knaben die Schädeldecke zertrümmert und ihn dann in einen Sack geſteckt. Von dem Täter iſt bisher noch keine Spur gefunden worden. — Der Dollarkurs betrug heute 331,16 M.

Hamburg, 24. März. Der auf der Werft von Blohm & Voß mit einem Koſtenaufwand von 60 Millionen Mark zur Ablieferung hergerichtete und mit Oelfeuerung verſehene Rieſendampfer „Bismarck“ iſt fertiggeſtellt. Das Schiff, das als größtes der Welt in den Beſitz der Vereinigten Staaten übergeht, wird vorausſichtlich am 28. März, mittags 2 Uhr, den Hamburger Hafen verlaſſen und nach Cuxhaven fahren, wo am 30. März die Probefahrten beginnen.

Breslau, 24. März. In der Nacht zum Donnstag wurde in Ratibor ein Oberwachtmeiſter von der dritten Hundertſchaft der Polizei Oberſchleſiens und ſeine Frau von zwei unbekannten Männern durch Revolverſchüſſe niedergeſtreckt. Es ſteht feſt, daß Raubmord nicht in Frage kommt, da bei den Leichen Wertſachen nicht abhanden gekommen ſind und es iſt daher anzunehmen, daß es ſich um einen politiſchen Mord handelt.

Paris, 24. März. Nach dem „Echo de Paris“ hat der geſtern unter dem Vorſitz des Präſidenten der Republik abgehaltene Oberſte Kriegsrat einſtimmig erklärt, daß die 18monatige Dienſtzeit nur dann möglich ſei, wenn 100 000 Kapitulanten, 30 000 Militärbeamte und 200 000 Mann Eingeborenentruppen vorhanden ſeien. Das bilde das unerläßliche Minimum, um den Notwendigkeiten der augenblicklichen Lage Genüge zu leiſten und um die Sicherheit Frankreichs auf dem Kontinent, in den Mandatsländern und jenſeits des Meeres zu garantieren. Aus dieſem Grunde werde, ſo erklärt das Blatt, der Miniſterpräſident in der Frage der 18monatigen Dienſtzeit die Vertrauensfrage ſtellen.

Paris, 25. März. Der Londoner Korreſpondent der „Chicago Tribune“ ſchreibt, engliſchen Geſchäftsleuten und Politikern bereite die Forderung der Reparationskommiſſion an Deutſchland viel Sorge. Ein hervorragender Beamter der Finanzverwaltung habe dem Korreſpondenten erklärt, er fürchte, dieſe Forderungen würden Deutſchlands Bankerott bedeuten mit dem Ergebnis, daß keiner der deutſchen Gläubiger irgend etwas erhalte.

Waſhington, 24. März. Eine Note des amerikaniſchen Staatsſekretärs Hughes teilt den alliierten Regierungen mit, daß die Vereinigten Staaten bereit ſeien, eine vernünftige Löſung der Schuldenfrage der Alliierten entgegenzunehmen. England ſoll ſich bereits dahin entſchieden haben, daß der Anſpruch der Vereinigten Staaten auf 241 Millionen Dollar für Beſatzungskoſten anerkannt und die Vereinigten Staaten bei der Bezahlung den übrigen Beſatzungsmächten gleichgeſtellt werden müſſen.

Melbourne, 24. März. Premierminiſter Hughes äußerte ſich über die Frage der Wiederaufnahme des Handels mit den bisher feindlichen Ländern und ſagte, es ſei zwecklos, bei der Politik der Ausſchließung des deutſchen Handels zu verharren, von der die Welt ſich abgewandt habe. Er fügte hinzu, Auſtralien brauche Märkte für ſeine Rohprodukte, welche Deutſchland im großen Umfang kaufe. Namentlich für Rohwolle war es bis vor kurzem ſchwer, zu verkaufen.

Württembergiſcher Landtag.

Stuttgart, 24. März. Die Große Anfrage des Zentrums über die Notlage der Kapitalkleinrentner beſchäftigte den Landtag zuſammen mit der Beratung des 15. Nachtragetats, der 4 Millionen Mark zu ihrer Unterſtützung fordert. Scheef (DdP.) beantragte die Verteilung des Geldes durch ehrenamtliche Ortsausſchüſſe. Die Regierung, die Rechte und das Zentrum wünſchten die Verteilung durch die Zentralleitung für Wohltätigkeit unter Heranziehung ehrenamtlicher Kräfte. Scheef nannte dieſen Weg bürokratiſch und ſprach von dem alten Kampf zwiſchen Zentraliſation und Dezentraliſation. Wenn man die Sache den Gemeinden übertrage, brauche man keine neuen Beamten. Bock (Z.) definierte den Begriff der Kapitalkleinrentner als Leute, die arbeitsunfähig ſind und von winzigen Kapitalvermögen leben müſſen. Solche Leute gäbe es im Reiche etwa 500 000. Die 4 Millionen Mark reichen nicht aus, obgleich die Gemeinden denſelben Betrag beizuſteuern haben. Es werde beſſer ſein, ſtatt Geld Lebensmittel, Heizmaterial, Kleidung, Beihilfen, Darlehen, Leibrenten, Arbeitsmöglichkeit uſw. zu ſchaffen. Aber die Organiſation müſſe in einer Hand liegen. Die demokratiſche Art der Verwaltung ſei koſtſpieliger, auch in den Gemeinden. Bei dem Regierungsvorſchlag ſei der Einfluß der Gemeinden geſichert. Kinkel (USP.) unterſtützte den Antrag Scheef und warf dem Staat vor, daß er nachhinke. Wider (BP.) rühmte die Leiſtungen der Zentralleitung für Wohltätigkeit bei der Mittelſtandshilfe. Staats- und Gemeindevertreter ſeien dabei. Ueberlaſſe man die Verteilung aber den Gemeinden, ſo könnte die ganze Verteilung politiſiert werden. Es ſei paradox, wenn Regierungsparteien in dieſer Weiſe die eigene Regierung angreifen. Heymann (Soz.) ſprach ſich für den Antrag Scheef aus, der alle Möglichkeiten offen laſſe, auch die freiwillige Mitarbeit der caritativen Organiſationen. Fauſel (Komm.) forderte außerdem, daß mindeſtens ein Drittel der Ortsausſchüſſe aus Mitgliedern der Gewerkſchaften beſtehen müſſe. Bickes (DV.) fanden den Apparat der Gemeinde zu teuer, ohne Mißtrauen gegen ſie zu hegen. Seine Partei lehne den Antrag Scheef aus Zweckmäßigkeitsgründen ab. Präſident Haag ſtellte feſt, daß die Mittelſtandsnothilfe großen Anklang gefunden habe. 70 Prozent der dabei unterſtützten Perſonen waren notleidende Kleinkapitalrentner. Was lag näher, als dieſe Organiſation nun ebenfalls der Zentralleitung zu übertragen. Man werde den Gemeinden entgegenkommen, die Sache aber nicht in ihr Belieben ſtellen. Als Scheef (DdP.) ſeinen Antrag dahin änderte, daß über die Verwendung der Mittel gemeinſame Richtlinien aufgeſtellt werden, geriet er in die Kriegspolitik und rief ſtürmiſche Zwiſchenrufe und allgemeinen Lärm hervor. Bei der Abſtimmung wurde das Kapitel über die Kapitalkleinrentner genehmigt. Der Antrag Scheef wurde in namentlicher Abſtimmung mit Stimmengleichheit abgelehnt, ebenſo aber auch der Antrag des Finanzausſchuſſes. Die Entſcheidung findet erſt morgen in der dritten Leſung ſtatt.

Die bedrohte Poſt der Landbewohner.

Stuttgart, 24. März. Abg. Klad (DdP.) hat folgende Kleine Anfrage eingebracht: Die Oberpoſtdirektion Stuttgart macht gegenwärtig den Landgemeinden, die durch ſog. Landpoſtboten verſorgt werden, die Mitteilung, daß aus Erſparnisgründen die zweite Poſtbeſtellung eingeſtellt werde, wenn die Gemeinden nicht den Aufwand hierfür übernehmen. Auch die Botenfahrten ſollen eingeſtellt werden, obwohl es den betreffenden Poſtboten unmöglich ſein dürfte, die Poſtpakete 10 bis 23 Kilometer weit zu tragen. Es handelt ſich um Aufhebung einer Einrichtung, die ſich ſchon vor vielen Jahren als notwendig erwieſen und ſeither gut bewährt und eingebürgert hat, und es handelt ſich um eine weitere Verſchlechterung der Verkehrsverhältniſſe des platten Landes, ſowie um eine weitere Zurückſetzung und Benachteiligung der Landgemeinden gegenüber den Städten, wo dieſe Einſchränkungen in dem Maße nicht gemacht werden, aber auch nicht geduldet würden. Die Aemter, die Induſtrien, die Gewerbetreibenden, ja die ganze Landbevölkerung werden aufs Schwerſte geſchädigt und benachteiligt und die Gemeinden in ihrer wirtſchaftlichen Entwicklung gehemmt. Iſt das Staatsminiſterium bereit, bei der Reichsregierung mit aller Energie dahin zu wirken, daß dieſe, die wirtſchaftliche Entwicklung der Landgemeinden hemmende und die Erwerbsſtände ſchwer ſchädigende Sparmaßnahme unterbleibt und die Kluft zwiſchen Stadt und Land nicht noch mehr vergrößert wird durch einſeitige Benachteiligung und Zurückſetzung der Landgemeinden? (Hinter der Anfrage ſteht wohl einmütig die Bevölkerung in Stadt und Land. Es iſt geradezu empörend, aus welch nichtsſagenden Gründen die Reichspoſtverwaltung „Erſparniſſe“ zu machen ſucht, Erſparniſſe, die eine allgemeine volkswirtſchaftliche Schädigung bedeuten. Einerſeits nur höhere Tarife, andererſeits Verſchlechterung und Erſchwerung des Verkehrs. Die „Verreichlichung“ hat bisher neben großer Enttäuſchung nur Aerger und Verdruß gebracht. Schriftl.)

Deutſcher Reichstag.

Berlin, 24. März. Im Reichstag erklärte heute die Regierung auf eine deutſchnationale Anfrage, daß ſie in der Tat die Abſicht habe, das ſogenannte Streikrecht der Beamten aufzuheben. Hierauf wurde ein Antrag aller Parteien mit Ausnahme der äußerſten Linken, der ſich gegen die Zuteilung der fünf Weichſeldörfer an Polen wendet, angenommen, nachdem Präſident Loebe in längeren Ausführungen unter lebhaftem Beifall des Hauſes erklärt hatte, daß durch die Entſcheidung der Grenzfeſtſetzungskommiſſion der Friedensvertrag verletzt worden ſei, der Oſtpreußen den freien und ungehinderten Zugang zur Weichſel garantiere. Bei der Beratung der Steuervorlagen, die bei den Zollerhöhungen fortgeſetzt wurde, wurde ein Antrag der bürgerlichen Parteien und der Mehrheitsſozialdemokraten angenommen, der den Finanzminiſter ermächtigt, nach Bedarf den Kaffeezoll auf 130 M., den Teezoll von 300 M. auf 220 M. für den Doppelzentner herabzuſetzen und den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Geſetzes wie der Inkraftſetzung der Zollerhöhungen zu beſtimmen. Angenommen wurde ferner die Erhöhung der Zuckerſteuer gemäß dem Ausſchußantrag auf

Schuhputz Pilo glänzt im Nu

---

50 M. Auch der Reſt
nach dem Beſchluß de
her Süßſtoffſteuer, de
Konzeſſionierung der
ſteuergeſetz und da
Sitzung findet am D
Entgegennahme einer

Berlin, 25. März.
terredungen über die
offizieller Form fortg
man ſich in allen Frak
gegenüber der Forder
ſcharf ablehnend. A
Kommiſſion, eine Fin
ten, wird als unmögli
artigen Eingriff in

Frank

Die „Münchener
unter der Ueberſchrift
Deutſchen Reiches, u
Bayern“ einen Artikel
daß der franzöſiſche
nächſten Zeit ſehr verſ
Bayern einmal dem f
würden auch Württem
ſchen Einfluß ebenſal
Frankreich wiſſe auch,
Wirtſchaft die Kohle ſe
des Ruhrgebiets, damit
leiten kann. Frankreic
Trennung vom Reich
ſiſche Schlepptau gen
der letzten Zeit mehrer
Verfall Deutſchlands n
ſucht, mit allen Mitteln
reichen.

Berlin, 24. März.
lerhaus unter dem Vorſ
ſett, in dem die durch
ſchaffene politiſche Lage
ler entwickelte in länge
Verhandlungen, die Bo
hatten, die Richtlinien
Politik. Der Reichspr
feſt, daß alle anweſende
dargelegten Richtlinien
Ausſprache und der in
rung noch fortzuſetzend
parationskommiſſion w
Reichstag den Standpun

Sch

Tauben

Die Ortspolizeib
rhütung von Schade
hat und der Ernte di
r. 34, Abſ. 1, Ziff.
nſam durchzuführen.
ein gemeinſames Bo
ſtreben.
Auf Brieftauben,
efindlichen Militärbrieft
ndung.
Neuenbürg, den 2

Schw
Vergebung
Zum Wohnhausne
iſendrehers in Schwar
Grab-, Ma
Gipſer-, Sch
Flaſchner-,
und Verſchi
vergeben.
Die Arbeitsbeſchrie
üro zur gefl. Einſicht
ſpäteſtens **Freitag**,
Uhr, abgegeben werde
Oeffnung der Angebo
hnen können. Zuſchla
Birkenfeld, den
Z. A.
W. Hi
Bauwerkm

Gemein
Vergebung
Zu einem Wohnbau
ren **G. Schleeb**, Lan
Maurer-, Zimm
Gipſer-, Glaſe
und Anſtrichar
ntlich zu vergeben.
Die Unterlagen lieg
woſelbſt Angebote
hr abends, einzureich
Wildbad, den 25.
H. Weiſch

50 M. Auch der Reſt der Steuervorlagen fand im weſentlichen nach dem Beſchluß des Ausſchuſſes Annahme, ſo die Erhöhung der Süßſtoffſteuer, das Rennwett- und Lotteriegeſetz, das die Konzeſſionierung der Buchmacher enthält, das Kraftfahrzeugſteuergeſetz und das Verſicherungsſteuergeſetz. Die nächſte Sitzung findet am Dienstag nachmittag um 2 Uhr ſtatt zur Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Berlin, 25. März. Im Reichstag wurden geſtern die Unterredungen über die Note der Reparationskommiſſion in nichtoffizieller Form fortgeſetzt. Wie die Blätter feſtſtellen, verhält man ſich in allen Fraktionen bis hinüber zu den Unabhängigen gegenüber der Forderung nach 60 Milliarden neuer Steuern ſcharf ablehnend. Auch die Erfüllung der Forderung der Kommiſſion, eine Finanzkontrolle über Deutſchland einzurichten, wird als unmöglich bezeichnet. Kein Volk könne einen derartigen Eingriff in die Finanzhoheit ſeines Landes dulden.

Frankreichs Ziel die Mainlinie?

Die „Münchener Neueſten Nachrichten" veröffentlichen unter der Ueberſchrift „Frankreichs Ziel": Die Verſklavung des Deutſchen Reiches, wirtſchaftliche Umwälzung, Abtrennung Bayern" einen Artikel, worin darauf aufmerkſam gemacht wird, daß der franzöſiſche Druck auf Bayern vorausſichtlich in der nächſten Zeit ſehr verſchärft würde. Frankreich ſage ſich, wenn Bayern einmal dem franzöſiſchen Einfluß verfallen ſei, dann würden auch Württemberg, Baden und Heſſen dem franzöſiſchen Einfluß ebenfalls verfallen, ob ſie wollen oder nicht. Frankreich wiſſe auch, daß der Lebensnerv der bayeriſchen Wirtſchaft die Kohle ſei und deshalb ſtrebe es nach Erhaltung des Ruhrgebiets, damit es die Verteilung der Ruhrkohlen ſelbſt leiten kann. Frankreich wiſſe, daß für Bayern im Falle einer Trennung vom Reich nur mehr eine reichsfeindliche ins franzöſiſche Schlepptau genommene Politik möglich ſei. Gerade in der letzten Zeit mehren ſich die Anzeichen, daß Frankreich der Verfall Deutſchlands nicht raſch genug kommt und daß es verſucht, mit allen Mitteln dies auf dem ſchnellſten Wege zu erreichen.

Miniſterratſitzung.

Berlin, 24. März. Heute Nachmittag fand im Reichskanzlerhaus unter dem Vorſitz des Reichspräſidenten ein Miniſterrat ſtatt, in dem die durch die Note der Reparationskommiſſion geſchaffene politiſche Lage zur Erörterung ſtand. Der Reichskanzler entwickelte in längeren Ausführungen im Anſchluß an die Verhandlungen, die Vormittags im Reichskabinett ſtattgefunden hatten, die Richtlinien der von der Regierung einzuſchlagenden Politik. Der Reichspräſident ſtellte am Schluß der Beratung feſt, daß alle anweſenden Miniſter mit den vom Reichskanzler dargelegten Richtlinien einverſtanden ſind. Auf Grund dieſer Ausſprache und der in den einzelnen Reſſorts der Reichsregierung noch fortzuſetzenden näheren Prüfung der Note der Reparationskommiſſion wird der Reichskanzler am Dienstag im Reichstag den Standpunkt der Reichsregierung darlegen, nachdem am Montag die nach Berlin geladenen Miniſterpräſidenten der Länder Gelegenheit gefunden haben, ſich zur politiſchen Lage zu äußern.

Die drei Punkte der Kanzlerrede.

Berlin, 24. März. Ein günſtiges Moment hat die neueſte Reparationskriſe wenigſtens vor ihren Vorgängerinnen voraus: Der Anſturm von draußen wird nicht wieder von inneren Wirrniſſen begleitet ſein. Wie wir hören, hat der Kanzler bei den geſtrigen Beſprechungen mit den Parteiführern auseinandergeſetzt, ſeine Rede würde ſich vornehmlich auf drei Punkte beſchränken. Im erſten Teil würde er darlegen, was von uns geleiſtet wurde, wobei aus den Kreiſen der Parlamentarier angeregt wurde, Dr. Wirth möge in dieſem Zuſammenhang doch auch noch unſere Schiffslieferungen und die anderen Leiſtungen während des Waffenſtillſtandes aufzählen. Zum zweiten will der Kanzler dann die Fragen bezeichnen, in denen nach ſeiner Auffaſſung und der des Kabinetts ein weiteres Verhandeln möglich erſcheint. Der dritte Teil der Kanzlerrede würde dem Nachweis gelten, daß ein Mehr von 60 Milliarden an Steuern aus dem deutſchen Volk und ſeiner Wirtſchaft ſchlechterdings nicht herauszupreſſen iſt. Halten ſich die Ausführungen des Kanzlers in dieſem Rahmen, ſo iſt er der Zuſtimmung einer großen Mehrheit im Reichstag gewiß. Dann werden die Parteien des Steuerkompromiſſes ſich, ſoweit wir die Dinge zu beurteilen vermögen, eine wie die andere, auch die Deutſche Volkspartei, hinter ihn ſtellen. Das Ideal wäre ja freilich, daß auch Deutſchnationale und Unabhängige die Erklärungen des Kanzlers unterſchreiben. Das aber ſcheint leider nicht erreichbar zu ſein. So muß man ſich ſchon damit begnügen, was ſich durchſetzen läßt. Auch die Mehrheit von Streſemann bis Scheidemann läßt ſchließlich ſich ſehen und wird ihren Nachdruck auf das Ausland dann hoffentlich nicht verfehlen.

Unklarheiten in der Entſcheidung.

Berlin, 24. März. In politiſchen Kreiſen iſt man ſich über den Sinn der Reparationsnote noch nicht voll klar geworden. Man ſieht in ihr noch manche Unklarheiten. Teilweiſe glaubt man, daß die Forderung auf 60 Milliarden neuer Steuern ſo ausgelegt werden könne, als ob ſie durch die Zwangsanleihe erſetzt werden könnten. Demgegenüber iſt die Regierung informiert, daß die Reparationskommiſſion tatſächlich auf 60 Millionen Mark neuer Steuern beſtehen bleibt. Die Auffaſſung der Parteien über die Note iſt durchweg die, daß ſie ſachlich unannehmbar iſt; man hofft in Zentrumskreiſen, wie auch bei den Demokraten und Sozialdemokraten, daß mit Verhandlungen Abänderungen erreicht werden können.

Franzöſiſche Beſchwerden über die Steuerbegünſtigung der deutſchen Arbeiter.

Berlin, 24. März. Wie die „Deutſche Allg. Ztg." aus London berichtet, haben laut „Temps" die franzöſiſchen Sachverſtändigen auf der Londoner Konferenz ſich insbeſondere mit dem deutſchen Steuerſyſtem beſchäftigt, das zu große Rückſichten auf die arbeitenden Volksklaſſen nehme. Die Urſache für die weitgehende Begünſtigung der Arbeiter erblicken die franzöſiſchen Sachverſtändigen auf Grund ihrer in Deutſchland angeſtellten Beobachtungen allein in dem Umſtand, daß die Steuerpolitik der deutſchen Regierung allein den Zweck verfolge, die Arbeiter geringer zu belaſten als die anderen Volksklaſſen, was mit der politiſchen Konſtellation der Regierung zuſammenhänge. — Sollte dieſe Nachricht ſich beſtätigen, ſo iſt anzunehmen, daß die Franzoſen die Begünſtigung der Arbeiter in erſter Linie in den Subſidien zur Verbilligung des Brots uſw., ſodann aber auch in der Erwerbsloſenunterſtützung und der Sozialverſicherung, die ihnen ſeit langem ein Dorn im Auge ſind, erblicken.

Zum Wiederaufbau der zerſtörten Gebiete.

Der Generalſekretär der Allgemeinen franzöſiſchen Arbeitergewerkſchaft (CGT.), Jouhaux, der an der Spitze der franzöſiſchen Gewerkſchaftsdelegation zum Studium der ſozialen Baubetriebe in Deutſchland ſteht, erklärte einem Mitglied der „Vorwärts"-Redaktion, der Zweck der Reiſe nach Deutſchland ſei das Studium der Frage des Wiederaufbaues eines Abſchnitts der zerſtörten Gebiete durch eine deutſch-franzöſiſche Baugenoſſenſchaft auf der Grundlage der deutſchen Bauhütten. Die Kommiſſion habe bisher die ſozialen Baubetriebe in Köln, Dortmund, Hamburg und Berlin-Tempelhof beſichtigt und fahre morgen nach Leipzig weiter. Alle bisher in Augenſchein genommen Ergebniſſe hätten namentlich die Fachmänner vom franzöſiſchen Bauarbeiterverband davon überzeugt, daß das Experiment der ſozialen Baubetriebe ſich geradezu glänzend bewährt hat. In Köln z. B. habe die Delegation die ſehr luxuriöſe Wohnung eines engliſchen Generals beſichtigt, an deren Erbauung die dortige Bauhütte mitgewirkt hat. Wenn die deutſchen Bauhütten dieſem Zweck dienen könnten, warum ſollte man dann die Arbeitskraft, über die ſie verfügen, nicht in den verwüſteten Gebieten verwenden?

Die größte Auswahl in

Kinderwagen, Klapp-Sportwagen

in einfach bis hochfein.

Kindermöbel, Ruheſtühle, Koffer und Lederwaren

In gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei

Wilh. Bross, Pforzheim,

Ecke Zerrennerstrasse und Baumstrasse.

Ständiges Inſerieren führt zum Erfolg.

Schul=

Ranzen, Muſikmappen, Schülermappen

in prima Vollrindleder empfehle zu mäßigen Preiſen

Offenbacher Lederwaren-Haus, Bahnhofſtraße 1,

Pforzheim.

Taubenſchlagſperre.

Die **Ortspolizeibehörden** werden aufgefordert, zur erhütung von Schaden durch Tauben für die Zeiten der at und der Ernte die Sperrung der Taubenſchläge gemäß t. 34, Abſ. 1. Ziff. 1 des Pol.-St.-G. anzuordnen und ikſam durchzuführen. Bei der Feſtſetzung der Sperrzeit ein gemeinſames Vorgehen benachbarter Gemeinden anſtreben.

Auf Brieftauben, insbeſondere auf die auf Reiſeflügen efindlichen Militärbrieftauben, findet die Sperrzeit keine Anwendung.

Neuenbürg, den 24. März 1922

Oberamt:
Wagner.

Schwarzenberg.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zum Wohnhausneubau des Herrn **Imanuel Ehle,** endrehers in **Schwarzenberg** habe ich die

Grab-, Maurer-, Dachdecker-, Zimmer-, Gipſer-, Schreiner-, Glaſer-, Schloſſer-, Flaſchner-, Schmied-, Maler-, Tapezier- und Verſchindelungsarbeiten

vergeben.

Die Arbeitsbeſchriebe, Pläne u. a. ſind in meinem ro zur gefl. Einſicht aufgelegt, woſelbſt auch die Angebote ſpäteſtens **Freitag, den 31. März 1922, nachmittags** Uhr, abgegeben werden wollen, zu welchem Zeitpunkt auch Oeffnung der Angebote erfolgt, der die Unternehmer beihnen können. Zuſchlagsfriſt 8 Tage.

Birkenfeld, den 24 März 1922.

J. A.: **Die Bauleitung:**
W. Hildenbrand, Architekt,
Bauwerkmeiſter und Waſſerbautechniker.

Gemeinde Bergorte.

Vergebung von Bauarbeiten.

Zu einem Wohnhausneubau mit Stall und Scheuer des rrn **G. Schleeb,** Landwirts in **Hühnerberg,** ſind die

Maurer-, Zimmer-, Flaſchner-, Dachdecker-, Gipſer-, Glaſer-, Schreiner-, Schloſſer-, und Anſtricharbeiten

mlich zu vergeben.

Die Unterlagen liegen auf meinem Büro zur Einſicht woſelbſt Angebote bis **Freitag, den 31. März** hr **abends,** einzureichen ſind.

Wildbad, den 25. März 1922.

H. Weiſchedel, Bauwerkmeiſter.

Finanzamt Neuenbürg.

Bekanntmachung

betreffend Einlieferung der für die Zeit vom 1. April bis 31. Dezember 1921 verwendeten Steuerkarten und Markenblätter.

Zufolge Verordnung des Reichsminiſters der Finanzen vom 21. Dezember 1921 und 7. Januar 1922 iſt folgendes beſtimmt worden:

1. Jeder Arbeitnehmer iſt verpflichtet, innerhalb der Monate Februar und März 1922 ſeine Steuerkarte und die loſen Markenblätter, die für den in der Zeit vom 1. April bis zum 31 Dezember 1921 bezogenen Arbeitslohn zum Einkleben und Entwerten von Steuermarken verwendet worden ſind, der für ihn zuſtändigen **Finanzkaſſe** zu übergeben oder zu überſenden. An Stelle des Arbeitnehmers kann der Arbeitgeber die Einlieferung der Steuerkarten oder Markenblätter übernehmen. Die Einlieferung kann gemäß § 202 der Reichsabgabenordnung erzwungen werden.

2. Arbeitnehmer, deren Steuerkarten oder Markenblätter nicht eingeliefert ſind, werden für das Rechnungsjahr 1921 zur Einkommenſteuer veranlagt.

3. Die eingelieferten, für die Zeit vom 1. April bis zum 31. Dezember 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die für das Rechnungsjahr 1921 zu entrichtende Einkommenſteuer angerechnet.

Die für die Zeit bis zum 31. März 1921 verwendeten Steuermarken werden auf die Einkommenſteuer für das Rechnungsjahr 1920 gemäß § 48 des Einkommenſteuergeſetzes an Zahlungsſtatt angenommen.

4. Ueber den Nennbetrag der eingelieferten Steuermarken erteilt die Finanzkaſſe eine Quittung.

Neuenbürg, den 24. März 1922.

Mangold.

Gemeinde Waldrennach.

Fichten=Stangen=Verkauf.

Am **Dienstag, den 28 März ds. Js., nachmittags** 4 Uhr, werden auf dem Rathaus im öffentlichen Aufſtreich verkauft:

166 Stück Bauſtangen Ia, 30 Stück Bauſtangen Ib.
8 Stück Bauſtangen II. Kl., 3 Stück Bauſtangen III. Kl.
25 Hagſtangen I. Kl., 16 Hagſtangen II. Kl., 9 Hagſt. III. Kl.
Hopfenſtangen II. Kl. 3 St., Hopfenſtangen IV. 5 St.
Schöne Ware, Abfuhr günſtig.

Den 23. März 1922.

Schultheißenamt:
Scheck.

Ottenhauſen.

Stammholz= und Stangen=Verkauf.

Aus dem hieſigen Gemeindewald kommen im ſchriftlichen Aufſtreich

147 Stück Forchen mit 116,58 Fm.

zum Verkauf.

Angebote in Prozenten der Forſttaxe für 1922 ausgedrückt, wollen bis **31. ds. Mts., vormittags 10 Uhr** eingereicht werden.

Anſchließend hieran kommen im **öffentlichen Aufſtreich** zum Verkauf:

103 Forchen und Tannen mit 40,84 Fm.
102 Eichen mit 36,84 Fm. I.—VI. Klaſſe.
11 Pappeln mit 3,27 Fm.
47 Bau-, 85 Hag-, 106 Hopfenſtangen, 90 Reb- u. 40 Bohnenſt.

Auszüge über das Langholz erteilt Waldhüter **Großmann.**

Den 23. März 1922.

Gemeinderat.

Büchenbronn.

Vergebung von Bauarbeiten.

Für den Wohnhausneubau des Herrn **Emil Gutekunſt,** Goldarbeiters, ſind die

Grab-, Maurer-, Zimmer-, Gipſer-, Schreiner-, Glaſer-, Schloſſer-, Flaſchner-, Schmied-, Maler-, Tapezier- und Verſchindelungsarbeiten

in Akkord zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen in meinem Büro in **Birkenfeld** zum **Hotel Schwarzwaldrand** während der üblichen Büroſtunden von **Montag, den 27. März 1922 bis Mittwoch, den 29. März 1922** zur gefälligen Einſicht auf, woſelbſt auch die Offerte bis ſpäteſtens **Freitag, den 31. ds. Mts., abends 6 Uhr,** abgegeben werden wollen.

Im Auftrag:
Der Bauleiter: **Hermann Kling,** Architekt.
Birkenfeld, den 25. März 1922.

Visitenkarten

liefert rasch und billig

die **C. Meeh'sche Buchdruckerei**

Oberamtsſtadt Neuenbürg.

Rentner-Verſorgung.

Die Empfänger von Invaliden-, Kranken-, Alters-, Witwer-, Witwen-, Witwenkranken-, oder Waiſenrente bezw. deren Vertreter, welche auf Grund des Rentnernotſtandsgeſetzes vom 7. Dezember 1921 unterſtützungsberechtigt zu ſein glauben u. nicht ſpäteſtens am Montag, den 27. März, hieher zur Antragſtellung vorgeladen ſind, wollen ſich am **Donnerstag, den 30. März, vormittags 8—11 Uhr,** hier melden. Alle diejenigen, deren Anſpruch unzweifelt iſt, werden auf eine beſtimmte Stunde vorgeladen und haben hiebei ihren Rentenbeſcheid, Sparkaſſenbuch uſw. mitzubringen. Im Intereſſe einer ordnungsmäßigen Geſchäftsabwicklung iſt es notwendig, daß die Vorladungstermine genau eingehalten werden. Bemerkt wird, daß nur den vor dem 1. April 1922 eingereichten Anträgen Rückwirkung bis zum 1. Oktober 1921 beigelegt werden darf.

Die Einwohnerſchaft erſuche ich, bis Ende März darauf Rückſicht zu nehmen, daß infolge dieſer außerordentlichen Arbeit alle ſonſtigen nicht beſonders dringlichen Wünſche u. Anträge zurückgeſtellt werden müſſen.

Stadtſchultheiß Knodel.

Olga-Grenadiere!

Morgen Sonntag nachmittag im „Schiff.“

Wir ſuchen eine erſtklaſſige

Poliſſeuſe,

die **perfekt** iſt im Polieren u. Aufputzen von vergoldeter und verſilberter Ware und eine tüchtige

Bürſterin

für unſere Verſilberung in dauernde **gutbezahlte** Stellung.

Heinrich Scholl A.-G.,
Neuenbürg, Kunſtmühle.

Stundenfrau

geſucht,

für täglich einige Stunden Hausarbeit.

Wo? ſagt die Geſchäftsſtelle des Enztälers.

Calmbach a. E.

Tüchtiger

Bau- und Möbelſchreiner

ſofort für dauernde Beſchäftigung geſucht von

Alfred Gauthier,
Feinmechaniſche u. Maſchinenbauwerkſtätten.

Birkenfeld.

Setze zwei raſſenreine

Zuchtböcke,

weiß und rehfarbig, Schwarzwaldſchlag, mit Abſtammungsnachweis dem Verkauf aus

Rudolf Ochner.

Gräfenhauſen.

Zirka 12 Zentner

Heu

hat zu verkaufen

Carl Schumacher.

Emſer Quellſalz

zum Gurgeln bei Katarrhen.

Konſum- u. Sparverein Neuenbürg u. U.

E. G. m. b. H.

An unſere Mitglieder!

In der außerordentlichen Generalverſammlung vom 12. ds. Mts. iſt dem Ankauf des Gaſthauſes zum „Anker“ in Neuenbürg zu unſeren Geſchäftszwecken zugeſtimmt und dadurch der Kauf zur Tatſache geworden. Gleichzeitig wurde der Aufnahme einer

5%igen Anleihe von 500000 Mark

zugeſtimmt, die **hypothekariſch ſichergeſtellt** und in Anteile zu 200 ℳ, 500 ℳ, 1000 ℳ, 2000 ℳ und 4000 ℳ eingeteilt iſt. Dieſelbe liegt von heute ab für

Neuenbürg in unſerem Geſchäftszimmer,
Gräfenhauſen-Obernhauſen im dortigen Laden,
Engelsbrand-Grunbach-Salmbach bei Herrn **Karl Bäuerle** in Engelsbrand,
Feldrennach-Pfinzweiler bei Herrn Gemeinderat **Fauth in Feldrennach**

auf. Die Zinszahlung erfolgt ½ jährlich, die Rückzahlung durch jährliche Ausloſung von je 20000 ℳ, außerordentliche Rückzahlungen ſind vorbehalten. Die Anteilſcheine werden auf den Namen des Zeichners ausgeſtellt. Solche Perſonen, die erſt ſpäter Mitglieder werden wollen, können ſich jetzt ſchon an der Zeichnung beteiligen. Die gezeichneten Beträge ſind auf 1. April 1922 einzubezahlen. **Kriegsanleihe** wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

Wir empfehlen, von dieſer außerordentlich günſtigen Kapitalanlage ausgiebigen Gebrauch zu machen und bitten um möglichſt raſche Zeichnung, damit wir rechtzeitig unſeren Verpflichtungen nachkommen können.

Den 20. März 1922.

Die Verwaltung.

Pfannkuch & C

Zur

Konfirmation:

Gemüſe-Nudeln
Pfund Mark 12.-

Eier-Nudeln
Pfund Mark 16.-
½ Pfd.-Pak. Mark 8⁵⁰

Makkaroni

Als Beilage:

Heidelbeer-Marmelade
Pfund Mark 9³⁰

Preißel-Beeren
Pfund Mark 15.-

Eſſiggurken

Salzgurken

Pfannkuch & C

Neuenbürg

Ein ehrliches, fleißiges

Mädchen,

nicht unter 16 Jahren, zum ſofortigen Eintritt geſucht.

Robert Gegenheimer,
Germania.

Die Gewerbebank Neuenbürg

vergütet ab 1. Januar des Jahres für Spareinlagen und feſtangelegte Gelder

☛ 4½% Zins. ☚

Gleichzeitig machen wir auf unſeren **proviſionsfreien Giroverkehr** aufmerkſam, der bei günſtiger Verzinſung auch in Anbetracht der neuen Portoerhöhung eine weſentliche Verbilligung und Vereinfachung darſtellt. Ueberweiſungsformulare werden koſtenlos verabfolgt. Auch für die übrigen Bankgeſchäfte halten wir uns beſtens empfohlen und erteilen auf alle einſchlägigen Fragen bereitwilligſt Auskunft am Schalter und Telefon.

Die Einkaufsgenoſſenſchaft der Bäcker-Innung

Neuenbürg

gibt ihren Mitgliedern bekannt, daß **von heute ab den** jetzigen Mehlpreiſen entſprechend

Weißmehl Nr. 0	**12,— Mk.**
freies Brotmehl	**10,75 Mk.**

koſtet.

Verſteigerung.

Am **Dienstag, den 28. März, nachmittags 3 Uhr** verſteigere ich in **Karlsruhe,** im Hofe, **Soſienſtraße 45,** im Auftrag ein ſchweres

Zug-Pferd,

Herr und Bauer, Braunwallach. Beſichtigung ½ Stunde vor der Verſteigerung.

Ackermann, Auktionator, **Karlſtr. 37.**

Rauß

Friedrich Dann, Pforzheim,

Telefon 2244.
Zerrennerſtr. 12.

bringt größte Auswahl

Damenhüte

in Tüll — Leder — Seide, ſowie ſämtlichen Strohaarten. **Umarbeiten und faſſonieren jeglicher Art Hüte** nach neueſten Formen; außerdem empfehle mein großes Lager in

Damen-Strümpfen,

nur beſte Qualitätsware, zu mäßigen Preiſen.

Gummi-Sohlen und Gummi-Abſätze

ſind bei heutiger Zeit in jedem Hauſe unentbehrlich. Qualität enorm haltbare Ware erhalten ſie billig bei

S. Mazur, Pforzheim,

Leopoldstrasse 7a.

Statt Karten!

Wilhelm Titelius
Anna Titelius
geb. Ott

Vermählte

Neuenbürg **Ottenhausen**

März 1922.

Fußballverein Neuenbürg (E. V.)

Verein für Raſenſpiele und Leibesübungen.

Am **Samstag, den 1. April ds. Js.** findet im **Saale des Gaſthofes zum „Bären“ abends 8 Uhr** unſere

jährliche General-Verſammlung

ſtatt, wozu wir unſere werten aktiven und paſſiven Mitglieder um zahlreiches Erſcheinen bitten.

Tagesordnung:

1) Geſchäftsbericht des Vorſtandes; 2) Bericht des Kaſſiers und der Reviſoren; 3) Entlaſtung und Neuwahlen; 4) Satzungsänderung; 5) Platzherrichtung; 6) Beitritt zum württ. Leichtathletikverband; 7) Anträge; 8) Verſchiedenes.

In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung iſt es Pflicht eines jeden, pünktlich zu erſcheinen. Anträge ſind bis ſpäteſtens **Mittwoch, den 29. ds. Mts.,** beim Unterzeichneten einzureichen.

Der Geſamtausſchuß:

J. A.: Der 1. Vorſitzende: Eugen Seeger.

Herrenalb.

Eine 30 Wochen trächtige

Kalbin

ſetzt dem Verkauf aus

Karl Pfeifer, Metzgerei.

Mädchen

geſucht!

Eine Köchin, ein Zimmermädchen und **ein Mädchen** für Küche und Haus finden zum 1. Mai gutbezahlte Dauerſtellung.

Angebote mit Zeugnisabſchriften und Angabe der jetzigen Stellung erbeten.

Erholungsheim Ludwigsburg,
Bad Liebenzell.

Suche für ſofort oder ſpäter ein ſauberes, fleißiges und ehrliches

Mädchen

für die Kaffee-Küche.

Kondit. u. Kaffee **Bäuerle,**
Pforzheim, Bleichſtraße 41.

Jüngeres, ehrliches

Mädchen

von Ehepaar mit 1 Kind auf ſofort geſucht bei gut. Lohn und guter Verpflegung.

Spieth,
Untertürkheim-Stuttgart,
Eßlingerſtraße 51, p.

Suche als Stütze der Hausfrau beſſeres, fleißiges

Zweitmädchen,

das im Haushalt und Nähen Erfahr. und Liebe zu Kindern hat. **Reitz, Stuttgart,**
Haſenbergſteige 12, part.

Bettnässen.

Befreiung sofort. Auskunft umsonst. Alter u. Geschlecht angeben. **Dr. med. Heusmann & Co., Velburg 243** (Bayern).

Zukunft

wie ſie nach aſtrologiſchen Berechnungen zu erwarten iſt. Geburtsdatum und Ort angeben. Nur Rückporto erbeten. Viele glänz. Dankſchreiben. **Parkow, Hannover,** Wülfel 4. 120.

Herrenalb, Hotel Lacher,

Telephon 7.

Tüchtiger

Koch

1500 Mk. monatl., ebenſolche

Beiköchin

4—500 Mk. monatlich,

Küchenmädchen

3—400 Mark monatlich für kommende Saiſon geſucht.

Suche für 1. April oder 1. Mai ein perfektes und ein einfaches

Zimmermädchen

bei hohem Lohn. Vorzuſtellen 2—3 Uhr.

Frau **Carl Dinkelacker,**
Stuttgart, Tübingerſtraße 46.

Wildbad.

Kaufe junge

Ziegen

(Kitzchen)

zum höchſten Preis.

Adolf Blumenthal,
Wildhandlung.

Gottesdienſt in Neuenbürg

Sonntag, den 26. März 1922
(Sonntag Lätare.)
10 Uhr Predigt. Leidensgeſch. (Lied 394):
Dekan Dr. Megerlin.
½2 Uhr Chriſtenlehre (Söhne):
Dekan Dr. Megerlin.
Mittwoch abend 8 Uhr: Bibelſtunde im Gemeindehaus.
Dekan Dr. Megerlin.

Katholiſch. Gottesdienſt in Neuenbürg

Samstag, den 25. März 1922,
6—7 Uhr abds. Beichtgelegenheit.
Sonntag, den 26. März 1922
½8 Uhr morgens Frühgottesdienſt, vorher und nachher Beichtgelegenheit und Austeilung der hl. Kommunion.
9 Uhr Predigt und Amt.
Opfer für die Erſtkommunikanten der Pfarrei.
½2 Uhr nachm. Chriſtenlehre und Andacht.
Freitag abends 7 Uhr Faſtenandacht.
An den Werktagen iſt der Gottesdienſt um 7 Uhr.

Methodiſten-Gemeinde

Unt. Gartenſtraße Nr. 67½
(Prediger E. Lang).
Sonntag vorm. 10 Uhr Predigt.
" ½12 Uhr Sonntagſchule.
Mittwoch abend 8 Uhr Bibelſtunde.